

Eindrücke von Argentinien während des Besuches vom  
9. bis 18. Oktober 1963

---

(E. Stopper)

I. Grundprobleme

Wer versucht, sich über die nähere Zukunft einzelner lateinamerikanischer Länder ein Bild zu machen, muss sich u.a. mit dem Stand der politisch-sozialen Spannungen und den wirtschaftlichen Entwicklungsaussichten befassen.

1. Die politisch-sozialen Spannungen

Die meisten lateinamerikanischen Länder sind formell Demokratien mit allgemeinem Stimmrecht. Diese Staatsform kann nur dann normal funktionieren, wenn die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede innerhalb der Bevölkerung ein gewisses Ausmass nicht übersteigen oder eine breite Mittelklasse besteht. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, sind zu viele Politiker geneigt, das Gefälle zwischen politischer und wirtschaftlicher Stellung der grossen Massen auszubeuten. Es besteht Gefahr, dass jener oben aufschwingt, der der Masse verspricht, dieses Gefälle zu beseitigen. Dies führt nicht nur zur Entzündung und Verschärfung des Klassenkampfes, sondern auch zum Versuch, von oben herab die Unterschiede auf dem Dekretswege auszugleichen. Dadurch werden die Rechtssicherheit zerstört, die Politik extremisiert, gewaltsame Gegenreaktionen der benachteiligten Kreise (meist durch die Armee) ausgelöst. Solche Entwicklungen lassen die Zukunft unsicher erscheinen und führen daher zur Kapitalflucht, verhindern den Zustrom von Fremdkapital, verfälschen das Kostengefüge, kurz, behindern den wirtschaftlichen Aufschwung und damit die rasche Wohlstandsentwicklung, die am besten geeignet wäre, das Verteilungsproblem organisch zu lösen und die grosse Masse für die Demokratie reif zu machen.

- 2 -

Erschwert werden die Verhältnisse auch dadurch, dass als Erbschaft der feudalistischen Mentalität die Staatsposten als Vasallenpfründen für die Anhänger eines politischen Führers betrachtet werden, die den Amtsinhaber zur Ausbeutung seiner Stellung berechtigen, was ebenfalls die Rechtssicherheit und den wirtschaftlichen Aufschwung behindert.

Es ist daher vor allem zu prüfen, wie sich diesbezüglich die Verhältnisse in Argentinien entwickelt haben.

## 2. Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung

Zur Zeit, als sich in den europäischen Industrieländern die Bevölkerung stark ausdehnte, die Produktion an landwirtschaftlichen Produkten in Europa weniger rasch zunahm als der Verbrauch, konnte Argentinien seine Produkte zu interessanten Preisen verkaufen und immer neue Ländereien in Bearbeitung nehmen. Auf den günstiger gelegenen Ländereien liess sich eine wachsende Bodenrente erzielen, was dem Land den Anschein grossen Reichtums gab, dessen Erwerb im Hinblick auf die grossen Landreserven allen besonders Tüchtigen und Wagemutigen offen stand. Die Industrie entwickelte sich anfänglich langsam und war hauptsächlich auf den Export von bearbeiteten landwirtschaftlichen Produkten ausgerichtet. Kurz, die argentinische Wirtschaft war fast völlig auf den Weltmarkt eingestellt und verfügte somit über eine äusserst rationelle Arbeitsteilung bei interessantem Preisniveau.

In den letzten 15 Jahren ist ein grundlegender Wandel eingetreten. In den Industrieländern nahm die landwirtschaftliche Produktivität stärker zu als der Verbrauch. Die internationalen Preise für landwirtschaftliche Produktewaren meist gedrückt. Argentinien sah sich veranlasst, die Industrialisierung im Schatten eines äusserst hohen Devisen- und Einfuhrschutzes rasch vorwärts zu treiben. Die argentinische Industrie musste fast ausschliesslich auf den nationalen Markt ausgerichtet werden, was im Hinblick auf seinen kleinen



- 3 -

Umfang (die Kaufkraft des argentinischen Marktes ist kleiner als diejenige des schweizerischen) weit geringere Wohlstandsfortschritte zulässt als bei einer auf den Weltmarkt ausgerichteten industriellen Arbeitsteilung. Die Industrie wird daher Argentinien nur einen beschränkten Aufschwung sichern, solange sie nicht in den Weltmarkt hineingewachsen ist. - Wir haben es also nicht mehr mit dem reichen Land unbegrenzter Möglichkeiten zu tun, sondern mit einem Land, das hart um die Fortschritte ringen muss. Diese Erkenntnis ist in Argentinien noch wenig verbreitet, denn jedermann spricht vom ungeheuer reichen Land, wobei dieser Reichtum die Garantie dafür sei, dass sich alle wirtschaftlichen Probleme im Grunde der Dinge leicht lösen lassen.

## II. "Persönliche" Eindrücke

### 1. Zum Problem der politisch-sozialen Spannungen

Es scheint, dass sich die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in beachtlichem Tempo vermindern. Die grossen Vermögen lagen im Grundbesitz. Die Landwirtschaft war in den letzten Jahren weniger ertragreich; die internationalen Preise für landwirtschaftliche Produkte waren gedrückt, die argentinische Landwirtschaft musste die überteuerten argentinischen Industrieprodukte kaufen sowie den Lohn der Landarbeiter auf das Industrieniveau heben. Der relativ geringe Ertrag und die Erbschaftsteilung begünstigten die Zerstückelung des Bodens. Bei meinem ersten Besuch im Jahre 1950 galt in der Provinz Buenos Aires eine Estancia von 2 - 3000 ha als ein guter Durchschnitt. Heute scheint diese Grösse auf 1000 ha und darunter gesunken zu sein. Die Güter in der Grössenordnung von 200 - 300 ha nehmen rasch zu. In Buenos Aires vermögen es offenbar nur noch relativ wenige Familien, in hocharistokratischen Palästen ein provozierendes Luxusleben zu führen.

- 4 -

Die starke Industrialisierung begünstigte die Entwicklung einer Schicht von mittleren und kleineren Industriellen und von Angestellten. Die Verstädterung liess die Zahl der Gewerbetreibenden und Ladenbesitzer bedeutend anwachsen.

Die sich verbreiternde Mittelschicht wirkt politisch ausgleichend und begünstigt eine ruhigere politische Entwicklung, die zu einem gewissen Optimismus berechtigt. Der Peronismus entspricht immer noch der Sehnsucht eines Teils der untersten Schichten um soziale Besserstellung auf dem Wege der Dekretierung. Er scheint aber wesentlich an Durchschlagskraft verloren zu haben und ist in organisatorischer Zersplitterung begriffen. Auch von dieser Seite sind also die Risiken kleiner geworden. Inwieweit diese Sehnsucht eventuell vom Kommunismus ausgenutzt werden könnte, ist schwer zu beurteilen, da weder er, noch der Peronismus als Parteien zugelassen sind. Die letzten Monate haben auch gezeigt, dass die Armee sich etwas stärker im Sinne der Stützung der Legalität orientiert.

Im Zusammenhang mit der erfreulichen Erstarkung der Mittelschicht muss man sich allerdings bewusst sein, dass es gerade diese Schicht ist, die sehr oft in Konkurrenz zu den ausländischen Interessen steht, sei es, dass sie ihre Industrie und ihr Gewerbe gegen die Wareneinfuhr zu verteidigen hat, oder sei es, dass sie die Konkurrenz fremder Tochtergesellschaften in Argentinien fürchtete. Diese Schicht ist daher ziemlich nationalistisch eingestellt und lässt sich leicht gegen das Ausland und seine Investitionen entflammen.

Ein gutes Zeichen ist es, dass die öffentliche Meinung die Ausbeutung von Staatsstellen zur persönlichen Bereicherung immer mehr als Korruption empfindet. Dies berechtigt zur Hoffnung, dass auch in dieser Richtung Fortschritte erzielt werden.



## 2. Die wirtschaftlichen Entwicklungsaussichten

Die argentinische Industrie sowie der Handel stehen seit dem Sturz Frondizis im Zeichen der wirtschaftlichen Schrumpfung. Sie wurde eingeleitet durch eine Kapitalflucht, die eine Kreditbeschränkung notwendig machte (um der Wirtschaft die Mittel zur Kapitalflucht zu entziehen). Die Konsumgüterindustrie ist gegenwärtig nur zu 70% und die Produktionsgüterindustrie nur zu 50% der Kapazität beschäftigt.

Dieser Schrumpfungsprozess hat zu einer Ausschaltung vieler unrationeller Betriebe geführt und damit die Voraussetzungen für eine rationellere Verwendung der Produktivkräfte geschaffen. Diese Bereinigung, zusammen mit der Aufrechterhaltung des freien Zahlungsverkehrs mit fluktuierendem Wechselkurs und die allerdings langsame Entfaltung der lateinamerikanischen Freihandelszone dürften das Heranwachsen der Industrie in die Exportreife allmählich begünstigen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens und die weitere Verminderung der sozialen Spannungen erscheint fürs erste notwendig, dass die zur Wiederbelebung der Wirtschaft erforderliche Kreditexpansion ermöglicht wird. Gelingt es aber nicht, parallel zur Kreditexpansion eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, die die Tendenz zur Kapitalflucht beseitigt, besteht Gefahr, dass die zusätzlichen Zahlungsmittel zum Teil für den Ankauf fremder, zur Kapitalflucht bestimmter Devisen verwendet werden, was den Wechselkurs drücken, die Importpreise erhöhen und eine Anpassung des inneren Preisniveaus an den Wechselkurs zur Folge haben, d.h. die Inflation fördern würde.

Es darf auch nicht vergessen werden, dass die Geschäftswelt bereits so inflationsgewöhnt ist, dass sie in letzter Zeit eine Erhöhung des Zahlungsmittelumlaufes, trotz Bestehens einer unausgenützten Produktionskapazität, stets mit einer Preiserhöhung beantwortete.

In diesem Zusammenhang muss man sich bewusst sein, dass die Hauptinflationsquelle im hohen Defizit des Staatshaushaltes liegt. Es

- 6 -

ist kaum anzunehmen, dass es der neuen Regierung so rasch gelingen wird, mit diesem Defizit fertig zu werden. Die Hauptursachen des Defizites sind die verstaatlichten Eisenbahnen und die staatliche Petroleumgesellschaft sowie ein Steuersystem, das so viele Ausnahmeregelungen enthält, dass jeder irgendwie seinen Kopf grösstenteils aus der Steuerschlinge ziehen kann.

Die Regierung wird nicht darum herum kommen, die Wirtschaft durch eine Krediteinspritzung, d.h. praktisch vor allem durch einen Rückgriff des Staates auf die Zentralbank, zur Zahlung seiner grossen überfälligen Schulden zu beleben.

Die Wirtschaft bleibt vorderhand der öffentlichen Wirtschaftspolitik gegenüber eher skeptisch. Es ist daher zu befürchten, dass trotz der politischen Beruhigung, die durch die Rückkehr zur "Legalität" entstanden ist, die Neigung zur Devisenflucht, allerdings weniger aus politischen als aus "spekulativen" Gründen, nicht völlig verschwindet. Die Kreditausweitung dürfte daher wahrscheinlich zu einem weiteren Sinken des Pesokurses führen und damit Inflationstendenzen begünstigen, trotzdem die nicht voll ausgenützte Produktionskapazität und vorhandene Arbeitslosigkeit (sie beträgt mindestens eine halbe Million) an sich eine inflationsfreie Wirtschaftsbelebung ermöglichen sollten.

Es fehlt nicht an der Erkenntnis der Zusammenhänge und am guten Willen, mit der Defizitwirtschaft aufzuhören; die Frage ist, wie weit sich dieser Wille politisch durchsetzen lässt. Wirtschaftsminister Blanco und seine Mitarbeiter haben denn auch wiederholt erklärt: "Wir können nicht mit einem Vertrauensvorschuss rechnen, wir müssen das Vertrauen durch unsere Taten erwerben".

### 3. Zum Regierungskurs

Im Zentrum der Regierungserklärung stand der Wunsch nach wirtschaftlichem Wachstum und Ueberwindung der gegenwärtigen Stagnation, um damit auch die Voraussetzung zur Wohlstandssteigerung der Massen zu schaffen. Vermehrte Kaufkraft der Massen sei zugleich auch die



- 7 -

Voraussetzung für eine stärkere Entwicklung der Industrie.

Die neue Regierung ist eine Minderheitsregierung der volksradikalen Partei. Sie ist eine Partei der Mittelklasse und daher grundsätzlich nationalistisch eingestellt. Dies kam auch in ihrem Wahlprogramm zum Ausdruck, wo den fremden Investitionen im Energiesektor der Kampf angesagt wurde. Die neue Regierung wird mindestens programmatisch auf die Verstaatlichung der öffentlichen Dienste hinzielen. Der Wirtschaftsminister und seine Berater haben aber betont, dass vorderhand das Geld fehle, um z.B. im Elektrizitätssektor auch noch die Itale-Argentina aufzukaufen, zudem müsse man zuerst mit dem Defizit-Problem bei den verstaatlichten Betrieben fertig werden.

Auf dem Wahlprogramm stand auch der Austritt aus dem Internationalen Währungsfonds, der von Argentinien eine antiinflationistische Politik verlangte, was als Einmischung in die staatliche Souveränität betrachtet wurde. Die Regierung ist zweifellos mit diesem eher fremdenfeindlichen Wahlprogramm belastet. Auf der andern Seite braucht sie aber einen starken Zufluss von ausländischem Kapital, um insbesondere die Wechselkurs-Abbröckelung während der Zeit der Ankurbelung der Expansion aufzuhalten und um das vordringliche Anliegen der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums zu verwirklichen. Die innere und die äussere Front der Regierungspolitik stehen miteinander im Widerspruch und es wird wohl einige Zeit verstreichen, bis ein harmonischer Kompromiss gefunden ist. Im allgemeinen wird angenommen, dass die innere Front stärker den Notwendigkeiten der äusseren Front angepasst werden muss, als umgekehrt. Die Regierungserklärung spricht denn auch nicht mehr von einem Austritt aus dem Währungsfonds und beschränkt sich im Energiesektor auf eine Ueberprüfung gewisser Petroleumverträge, die angeblich unrechtmässig zustande gekommen seien und Elemente der Korruption enthielten.

Es ist anzunehmen, dass die Regierung sich bemühen wird, ausländische Investitionen anständig zu behandeln, wenn ein solches Verhalten

- 8 -

mit einem Kapitalzufluss belohnt wird. Da dies der Fall sein dürfte, ist, trotz des nationalistischen Wahlprogrammes, ein gewisser Optimismus berechtigt. Die Meinung massgeblicher argentinischer Kreise aus Wirtschaft und Politik geht dahin, dass in den ersten 6 - 10 Monaten eine widersprüchliche Regierungspolitik, auch bezüglich der Behandlung des Auslandskapitals, zu erwarten sei, dann aber der Weg für eine hoffnungsvolle Entwicklung offen liege.

Der Gesamteindruck setzt sich somit aus positiven und negativen Elementen zusammen. Die positiven Elemente überwiegen. Die neue Regierung hat, wenn sie das gegenwärtige Wirtschaftssystem, das auf die Marktwirtschaft ausgerichtet ist, beibehält, keinen allzugrossen Spielraum für Extravaganzen und der argentinische Markt ist zu klein, um unter einem anderen System zur Blüte zu gelangen.

Argentinien kann sich kaum eine den Auslandskredit auf längere Zeit schädigende Politik leisten, so dass die neue Regierung wohl bald die Grenzen für die Entfaltung des Nationalismus erkennen wird. So wenigstens ist zu hoffen .....

### III. Zur Energiepolitik der neuen Regierung

Der weitaus grösste Teil der Elektrizitätsproduktion liegt heute in der Hand der Behörden oder in von ihnen kontrollierten Gesellschaften. Die SODEC (mit ca. 40% schweizerischer Beteiligung) hat sich aus der SEGBA (die grösste aller Gesellschaften) zurückgezogen bzw. ihre Beteiligung dem argentinischen Staat gegen Dollar-Obligationen verkauft. Die SUIZARGEL ist an die Regierung übergegangen. Die Amerikaner haben ihre Werke ebenfalls dem Staat abgetreten.

Von den grösseren Gesellschaften ist nur noch die von der Schweiz kontrollierte Cia. Italo-Argentina de Electricidad (CIADE) in privaten Händen geblieben. Damit ist das Programm der volksradikalen Partei,



- 9 -

die "public utilities" müssen von der Regierung kontrolliert werden, punkto Elektrizität mindestens zu 80% verwirklicht.

Trotzdem sind im Elektrizitätssektor neue Diskussionen nicht ganz ausgeschlossen, insbesondere nachdem der aggressivste Gegner der früheren CADE, Ingenieur Sabato, zum Unterstaatssekretär im Energieministerium ernannt worden ist. Die Diskussionen könnten sich vor allem in drei Richtungen bewegen:

- Verstaatlichung der CIADE;
- Ueberprüfung der Verträge zwischen dem argentinischen Staat und der SODEC bezüglich Kaufpreis der SEGBA-Aktien;
- Eingliederung der SEGBA in die staatliche Verwaltung.

Bezüglich der CIADE ist zu vermuten, dass vorderhand die Dinge beim alten bleiben. Nach dem neuen Vertrag zwischen der Gesellschaft und dem argentinischen Staat kann der Staat jederzeit die CIADE nach Ablauf eines dreijährigen Voravis zu einem angemessenen Kaufpreis übernehmen. Da bisher die CIADE die einzige gut funktionierende Elektrizitätsgesellschaft war und der Staat nicht einmal genügend Geld besitzt, um regelmässig die Beamtensaläre zu zahlen, ist nicht mit einem baldigen Kauf zu rechnen. Sowohl Staatspräsident Illia als auch Wirtschaftsminister Blanco haben denn auch privat ausdrücklich erklärt, dass nicht daran gedacht werde, die CIADE anzutasten. Dagegen wäre wohl nicht ausgeschlossen, dass die CIADE während der nächsten Monate nicht mit besonderen staatlichen finanziellen Vergünstigungen für ihren Ausbau wird rechnen können, da ihre Existenz der Parteidoktrin zuwiderläuft.

Es ist auch damit zu rechnen, dass gewisse Kreise die Ueberprüfung der Verträge zwischen dem argentinischen Staat und der SODEC bezüglich des Verkaufes der SEGBA-Aktien verlangen. Es ist aber nicht so recht einzusehen, was dabei für den argentinischen Staat herauszuschauen soll, da der Verkauf schon längst durchgeführt ist und die SODEC-Staatsobligationen erhalten hat.

- 10 -

Es ist zu hoffen, dass sich die Elektrizitätsdebatte vor allem auf die Frage konzentriert, ob die SEGBA weiterhin eine nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeitende Aktiengesellschaft bleiben soll oder ob sie in die staatliche Verwaltung einzugliedern wäre. An sich wird uns der Ausgang dieser Debatte nicht direkt interessieren. Allerdings könnte er einen Einfluss auf die Tarifpolitik haben und damit die Ertragsverhältnisse der CIADE indirekt berühren. Es ist aber anzunehmen, dass sich der schwer verschuldete und in Finanznöten befindliche Staat nicht auch noch eine defizitäre Elektrizitätswirtschaft leisten kann.

Sehr viel schärfer wird die Diskussion um die Petroleumverträge zwischen dem argentinischen Staat und einzelnen ausländischen Gesellschaften sein, da behauptet wird, gewisse ausländische Gesellschaften erzielten unmoralisch hohe Gewinne und hätten davon laufend einen Teil an die Anhänger Frondizis und Perons abzugeben. Es dürfe nicht toleriert werden, dass die argentinische Regierung ihre Feinde indirekt finanziere. Nehmen die argentinischen Behörden gegenüber dem Fremdkapital eine sehr aggressive Haltung ein, so wird sich das zunächst beim Petroleum zeigen. Dann aber wird wahrscheinlich so viel Geschirr zerschlagen, dass sie sich kaum noch an die Elektrizitätsprobleme heranwagen. Uebrigens hat Wirtschaftsminister Blanco erklärt, es ginge darum, zu überprüfen, ob gewisse Verträge rechtswidrig zustande gekommen seien. Erst wenn eine solche Rechtswidrigkeit festgestellt sei, würden weitere Aktionen unternommen, die aber nicht im einseitigen Zerreißen der Verträge, sondern in neuen Verhandlungen im Sinne der Normalisierung der Bedingungen liegen müssten.

Grosso modo ist anzunehmen, dass die Verträge mit der SODEC und der CIADE nicht gefährdet sind. Hingegen könnte sich die vorübergehend spannungsgeladene Atmosphäre hemmend auf die Finanzierung der Expansion der CIADE auswirken.